

Mörder in Uniform

In Deutschland ist der 3. Oktober ein Feiertag. Die Bewohner des nordgriechischen Dorfes Lyngiades gedenken an diesem Datum der Opfer eines grausamen Massakers. **Von Markus Mohr**

Es war in der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober 1943, als Oberstleutnant Josef Salminger einem Partisanenanschlag zum Opfer fiel. Als Kommandeur des 98. Regiments der I. Gebirgsdivision der deutschen Wehrmacht in der Region Epirus in Nordgriechenland hatte er Mitte August den Befehl zum Blutbad von Komeno gegeben, das 317 Menschenleben gefordert hatte. Nun war Salminger, Vater des langjährigen Bürgermeisters der bayerischen Gemeinde Mittenwald, tot, und sein Vorgesetzter, General Hubert Lanz, schwor Rache. Man werde »diesen ruchlosen Banditenmord an einem unserer besten Kommandeure in einer schonungslosen Vergeltungsaktion in 20 Kilometer Umkreis der Mordstelle rächen«, kündigte er an. Es sei eine »Art Psychose« gewesen, die Salmingers Tod in der Truppe ausgelöst habe, berichtete der frühere Hauptmann der Gebirgsjäger Alois Eisl Mitte der 60er Jahre.

Schnell geriet das Bergdorf Lyngiades ins Visier der Gebirgsjäger. Ein Wachposten glaubte dort »regen Tragtierverkehr der Banditen« gesichtet zu haben. Am 3. Oktober nahmen die deutschen Soldaten das Dorf zunächst unter Artilleriebeschuss. Anschließend fuhr fünf Lastwagen mit Soldaten des Feldersatzbataillons 79 den steilen Gebirgspfad nach Lyngiades hinauf. Unbehelligt von Partisanenangriffen besetzten die Gebirgsjäger gegen 14 Uhr das Dorf. Die meisten der Bewohner waren zu diesem Zeitpunkt nicht vor Ort. Lyngiades verfügte über keinen Brunnen, und deshalb waren die Bäuerinnen mit Trageseln zu einer Wasserquelle unterwegs. Zudem hatten Einwohner nach dem Artilleriebeschuss die Flucht ergriffen. Vermutlich waren es die Bäuerinnen mit ihren Wasserkrügen, die von der Wehrmacht als »Banditenverkehr« interpretiert worden waren. 86 Einwohnerinnen befanden sich noch in Lyngiades, als



Deutsche Gebirgsjäger 1944 im Einsatz gegen griechische Partisanen

die Wehrmachtssoldaten eintrafen.

Was dann geschah, ist eines von vielen grausamen Kriegsverbrechen, die von den Deutschen im Zweiten Weltkrieg begangen worden sind. »Eine große Anzahl Frauen und Kinder wurde wie Vieh zum unteren Ortsteil getrieben, die Kleinkinder hingen an unseren Rücken und weinten. Die Deutschen beschimpften sie. Sie pferchten uns in den Keller des Hauses der Familie Choleva und schossen in die Menge; eine Kugel traf mein Kind am Schädel«, schilderte die Augenzeugin Eleni Chiolevas 1947 einem griechischen Chronisten die Ereignisse. Der damals 24-jährige Bauer Nikolaos Rouskas berichtete, wie vor seinen Augen sein Vater und seine dreijährige Tochter erschossen wurde. Rouskas überlebte, weil ihn die Gebirgsjäger für tot hielten. Außer

ihm konnten sich nur drei Menschen vor den Mördern in Uniform retten. Häuser und Hütten brannten die Gebirgsjäger nieder, einzig die Kirche und das Schulgebäude verschonten sie. Nach einer 1946 vom Ortsvorsteher erstellten Liste war die Hälfte der Ermordeten Kinder im Alter von sechs Monaten bis zu elf Jahren. Es habe einen »schwachen Feindwiderstand« gegeben; insgesamt seien »50 Zivilisten vernichtet« worden, wurde am Abend des 3. Oktober 1943 im Kriegstagebuch der I. Gebirgsdivision, vermerkt.

Bis heute wurde das Blutbad von Lyngiades nicht strafrechtlich aufgearbeitet. Der mutmaßliche Kommandeur der verantwortlichen Gebirgsjägereinheit, Alfred Schröppel, brauchte sich niemals der Befragung durch einen Staatsanwalt zu unterziehen.

Dabei wäre es »relativ einfach gewesen, die Anschriften der Angehörigen des Feldersatzbataillons 79 herauszufinden«, so Autor Hermann Frank Meyer, der seine Recherchen zur I. Gebirgsjägerdivision in einem Buch zusammengefasst hat.* Doch obwohl den Deutschen ein Namensverzeichnis vorlag, verliefen alle Ermittlungen dazu in Griechenland und der Bundesrepublik in den 50er und 60er Jahren im Sande, kritisierte Meyer, der im April 2009 bei einem tragischen Unfall ums Leben kam. Den Menschen von Lyngiades bleibt nur ein Ehrenmal, an dem sie jedes Jahr am 3. Oktober ihrer von deutschen Gebirgsjägern ermordeten Angehörigen gedenken.

* Hermann Frank Meyer: Die I. Gebirgs-Division im Zweiten Weltkrieg, Ch. Links Verlag, Berlin 2008

Kampf der Paranoiker

Am kommenden Samstag will »Pax Europa« in Berlin das christliche Abendland retten. Linke Gruppen protestieren

In Berlin proben christliche Fundamentalisten dieser Tage einen kleinen Aufstand. Schon am vergangenen Samstag marschierten rund 800 selbsternannte Lebensschützer mit Hunderten weißen Kreuzen gegen Abtreibungen durch das Zentrum der Hauptstadt. Begleitet wurden sie von massiven Protesten mehrerer hundert Gegendemonstranten. Am kommenden Samstag will nun die rechtspopulistische »Bürgerbewegung Pax Europa« in der Berliner Westcity gegen den »Tag der offenen Moschee« auf die Straße gehen.

Ein Blick auf die Unterstützerliste verrät einiges über die gesellschaftliche Verankerung der »Lebensschützer«. Der Aufzug der extremen Abtreibungsgegner, der unter dem Motto »Marsch für das Leben« steht, trifft auch auf die Sympathie von vermeintlich moderaten geistlichen Kräften. So ließ der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche, Bischof Wolfgang Huber, am vergangenen Samstag ein Grußwort an die

Teilnehmer verlesen. Auch Junge Union und Senioren-Union mischten beim Schweigemarsch mit. Schützenhilfe lieferte das Wochenblatt *Junge Freiheit*. So stand Manfred Libner, stellvertretender Vorsitzender des Bundesverbandes Lebensrecht (BVL), kurz vor der Demo der extrem rechten Gazette Rede und Antwort und hetzte dabei gegen »Linksextremisten«, »lesbische Störerinnen« sowie die durch Bundesmittel unterstützte Schwangerenberatungsstelle pro familia. Die Organisation berät Frauen auch bei Abtreibungen und rief am Samstag mit zu den Protesten auf.

Während sich die Evangelikalen vor allem auf den Kampf gegen das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und für die weitere Verschärfung des Abtreibungsparagraphen 218 konzentrieren, sehen sich die Aktivisten von »Pax Europa« vor allem dazu berufen, das »christliche Abendland« vor dem Islam zu retten. Ein Event wie der »Tag der offenen Moschee« am 3. Oktober

muß da wie eine Kriegserklärung wirken: Bei der seit 1997 alljährlich bundesweit durchgeführten Veranstaltung öffnen viele islamische Gemeinden ihre Gotteshäuser für interessierte Besucher. Das Datum ist kein Zufall. Nach Angaben der Veranstalter wollen die Muslime am Tag der »Deutschen Einheit« ihre »Verbundenheit mit der Gesamtbevölkerung zum Ausdruck bringen«.

Gegen die Kundgebung von »Pax Europa« am frühen Samstag nachmittag am Berliner Breitscheidplatz mobilisiert ein Bündnis unter dem Motto »Ein offenes Europa für alle« zu einer Protestdemonstration. Laut Aufruf streite man für ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen«, und dies »unabhängig von Kultur, Religion oder Herkunft«. Beteiligt sind unterem Parteiverbände, Gewerkschaften, zahlreiche Vereine, Migrantenorganisationen und die Arbeiterwohlfahrt. Die Demonstration startet um 13 Uhr am Hardenbergplatz.

Evrin Baba, Mitglied der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, erklärte zur »Pax-Europa«-Kundgebung gegenüber *jW*, es werde »unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Islamkritik Propaganda gegen Menschen anderer Herkunft verbreitet«. Die Organisation beförderte eine »gegen Migrantinnen und Migranten gerichteten Ausgrenzungspolitik«, so Baba. »Pax Europa« erhält in Berlin massive Unterstützung von rechten CDU-Mitgliedern. Vorsitzender ihres Landesverbandes ist das Abgeordnetenhausmitglied René Stadtkewitz, der im Pankower Ortsteil Heinersdorf den Kampf gegen eine neue Moschee der gemäßigten muslimischen Ahmadiyya-Gemeinde angeführt hatte. Im Pankower CDU-Verband ist mit Günter Nooke auch der »Beauftragte für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe« im Auswärtigen Amt der Bundesregierung aktiv.

Lothar Bassermann

NPD reklamiert Führungsanspruch

Nach der Bundestagswahl und den beiden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Brandenburg vom vergangenen Sonntag bekräftigt die NPD ihren Führungsanspruch im extrem rechten Lager. »Die nationalen Konkurrenzparteien REP und DVU wurden vom Wähler in die Bedeutungslosigkeit katapultiert«, heißt es in einer ersten Reaktion des NPD-Parteipräsidiums auf die Ergebnisse. Bei der Wahl zum Bundestag war die NPD auf 1,5 Prozent der Stimmen gekommen. Für DVU und Republikaner (REP) hatten lediglich 0,1 beziehungsweise 0,4 Prozent votiert. Zudem büßte die DVU ihre Mandate im Brandenburger Landtag ein. Der Versuch, sich dem System anzupassen, habe offensichtlich nicht zum Erfolg geführt, kommentierte die NPD den Wahlausgang.

(jW)

Geheimdienst setzt NPD und DKP gleich

POTS DAM. Die Chefin des Brandenburger Landesamtes für Verfassungsschutz hat in einer Wahlanalyse die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) mit der neofaschistischen NPD und der extrem rechten DVU gleichgesetzt. »Alles Plakatieren hat nichts geholfen, die brandenburgischen Wähler haben den Extremisten insgesamt die kalte Schulter gezeigt, so Behördenchefin Winfriede Schreiber. »Im Jahr 2004 haben Rechts- und Linksextremisten zusammen noch 6,3 Prozent (DVU: 6,1; DKP: 0,2 Prozent) erreicht, während es am vergangenen Sonntag nur noch 3,9 Prozent (DVU: 1,2; NPD: 2,5; DKP: 0,2) gewesen sind«, heißt es in der Pressemitteilung des Inlandsgeheimdienstes weiter. Der »parteigebundene Linksextremismus« bleibe in Brandenburg weiterhin kaum meßbar, NPD und DVU stünden auf »verlorenem Posten«, so der Verfassungsschutz.

(ddp/jW)

Bodensee: Neonazis wollen marschieren

FRIEDRICHSHAFEN. Unter dem Motto »20 Jahre deutsche Einheit: Mauer fiel. Überwachung bleibt« wollen sich Neonazis am 3. Oktober ab 13 Uhr auf dem Franziskusplatz in Friedrichshafen versammeln, um anschließend durch die Stadt zu demonstrieren. Organisiert wird die Demo von der NPD-Nachwuchstruppe »Junge Nationaldemokraten« sowie mehrerer regionaler Kameradschaften, etwa der »Aktionsgruppe Schwaben«. Die Stadt Friedrichshafen hat die Neonazidemonstration verboten. Allerdings wollen die Rechtsextremisten gegen die Entscheidung klagen. Ein Urteil steht noch aus. Deshalb mobilisieren linke Gruppen zu einer Protestkundgebung um 11 Uhr an den Franziskusplatz. Aktuelle Informationen unter: <http://ravensburg.antifa.net/>

(jW)